V-1 Alle Dörfer bleiben – Keine Fakten durch Enteignung, Vertreibung, Abriss und Zerstörung schaffen

Antragsteller*in:	Katrin Uhlig (KV Bonn)
Tagesordnungspunkt:	V Verschiedenes
Status:	Zurückgezogen

Antragstext

Seit Mitte Dezember 2020 ist endgültig klar: Die letzten fünf Dörfer im Tagebaugebiet Garzweiler – Keyenberg, Kuckum, Beverath, Unterwestrich und Oberwestrich – könnten erhalten werden. Ihre Bewohner*inneren müssten nicht enteignet und vertrieben und ihre Häuser und Kirchen nicht zerstört werden, wenn das Ergebnis der Kohlekommission, wie zunächst von Bundes- und Landesregierung zugesagt, umgesetzt würde.

Das belegt ein von Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier in Auftrag gegebenes Gutachten, das dieser erst auf Druck der Grünen Bundestagsfraktion veröffentlichte. Altmaier hatte die Existenz des Gutachtens über ein Jahr zunächst geheim gehalten, dann seine Veröffentlichung über Monate verweigert.

Obwohl dem Bundeswirtschaftsministerium die Ergebnisse des Gutachtens also seit Ende 2019 bekannt waren, haben Bundesregierung, Landesregierung NRW und Bergbautreibender immer argumentiert, bei Umsetzung des Ergebnisses der Kohlekommission und dem Erhalt des Hambacher Waldes sei die Zerstörung der Dörfer zwingend notwendig. Auf diesen Argumenten basiert auch der Entwurf der Landesregierung für eine Leitentscheidung zum Braunkohleabbau.

Es war Ministerpräsident Armin Laschet, der auf Druck von RWE die energiewirtschaftliche Notwendigkeit des Tagebaus Garzweiler in das Kohleausstiegsgesetz verhandelt hat. Dieser Vertrauensbruch an den Menschen in den Dörfern wird mit dem vorliegenden Gutachten offensichtlich. Dem Entwurf der Leitentscheidung ist damit jegliche fachliche Grundlage entzogen. Wo vorher schon massive Zweifel bestanden, ob die Zerstörung der Dörfer und die Enteignung und Vertreibung der dort lebenden Menschen wirklich zwingend erforderlich ist, ist nun klar: Alle Dörfer könnten bleiben – wenn die Planungen geändert werden! Schluss mit dem Ausspielen vom Hambacher Wald gegen die Dörfer!

Der Ministerpräsident muss endlich beginnen, in Berlin für die von Enteignung und Vertreibung betroffenen Menschen einzustehen und die Zerstörung ihrer Dörfer in seinem eigenen Bundesland aufhalten – gegen die Konzerninteressen von RWE.

Derweil schafft RWE im Tagebaugebiet weiter Fakten: Die Landstraße 277 und damit eine wichtige Verbindung zwischen den Dörfern wurde bereits zerstört, der gesamte Baumbestand in dem Bereich bereits abgeholzt. Am 18. Januar 2021, keine 48 Stunden nach der Wahl Armins Laschets zum CDU-Bundesvorsitzenden, begann RWE mit Abriss des Weilers Lützerath. Und das obwohl dort noch Menschen leben und sich gegen ihre Enteignung und Vertreibung und die Zerstörung ihrer Heimat wehren. Es ist offensichtlich: Durch den Abriss der halben Ortschaft soll der Druck auf die letzten Bewohner*innen erhöht werden, ihren Widerstand aufzugeben – eine Methode, die Menschen im Rheinischen Revier bei der „Umsiedlung“ in der Braunkohle nur zu gut kennen.

Armin Laschet und die NRW-Landesregierung scheinen nichts aus ihren Fehlern am Tagebau Hambach gelernt zu haben. Dort sind Menschen in den Ortschaften Manheim und Morschenich enteignet und vertrieben worden, obwohl am Ende die unter den Dörfern liegende Kohle gar nicht mehr in Anspruch genommen wird. Dieses doppelte Desaster darf sich am Tagebau Garzweiler für die dortigen Ortschaften nicht wiederholen. Es kann nicht sein, dass RWE durch fortgesetzte Zerstörung weiter Fakten schafft, solange nicht die angekündigte neue Leitscheidung der Landesregierung beschlossen ist und Gerichtsverfahren entschieden sind.

Bündnis 90/Die Grünen NRW fordern deshalb ein Moratorium mit einem sofortigen Stopp aller Abriss- und sonstigen Zerstörungsarbeiten durch RWE bis zur gerichtlichen Klärung aller anstehenden Enteignungs- und Betriebsplanverfahren. Es liegt jetzt am Ministerpräsidenten, die Ergebnisse des Gutachtens in der Leitscheidung zu berücksichtigen und die unnötige Zerstörung von Dörfern und Natur zu stoppen. Ein Kohleausstieg, der diesen Namen verdient, muss sich an den Zielen des Klimaschutzes und nicht an den Gewinninteressen von Kohlekonzernen orientieren. Es muss Schluss sein mit der Enteignung und Vertreibung von Menschen und der Zerstörung ihrer Heimat. Denn alle Dörfer können und müssen bleiben!

Unterstützer*innen

Verena Schäffer (KV Ennepe-Ruhr); Oliver Krischer (KV Düren); Heiko Thomas (KV Heinsberg); Felix Banaszak (KV Duisburg); Ruth Seidl (KV Heinsberg); Mona Neubaur (KV Düsseldorf); Wibke Brems (KV Gütersloh); Josefine Paul (KV Münster); Sabrina Grübener (KV Heinsberg); reiner priggen (KV Aachen); Gisela Nacken (KV Aachen); Hans Josef (KV Heinsberg); Alexander Diek (KV Bochum); Micaela Popov (Ja); Sybille Horras-Schmitz (KV Heinsberg); Andreas Falkowski (KV Rhein-Sieg); Kerstin Wilke (KV Rhein-Kreis-Neuss); Claudia Bacmeister (KV Rhein-Berg); Manuel Carrasco Molina (KV Düren); Martin Metz (KV Rhein-Sieg); Sebastian Schäfer (KV Oberberg); Malte Lömpcke (KV Bonn); Diana Hein (KV Düsseldorf); Roland Schüren (KV Mettmann); Falco Weichselbaum (KV Bonn)